

Narmada Untersuchungsbericht:

Eine Ohrfeige für die Weltbank

von Bruni Weißen

Regelmäßig hat 'Südasiens' über die Entwicklungen bezüglich der Narmada Projekte berichtet, an deren Finanzierung die Weltbank maßgeblich beteiligt ist. Eine regelrechte Ohrfeige für die Weltbank ist der im Juni erschienene Bericht der unabhängigen Untersuchungskommission zu den Sardar-Sarovar-(Narmada)-Projekten unter Bradford Morse. Die gesamten Sardar-Sarovar-Projekte seien fehlerhaft, unter den gegebenen Bedingungen seien Umsiedlung und Rehabilitation der Betroffenen nicht möglich und die Umweltauswirkungen seien weder ausreichend erforscht noch angemessen berücksichtigt worden. Die Kommission kommt zu der Empfehlung an die Weltbank, sie solle "zurücktreten" und die Unterstützung des Projektes überdenken.

Mit der Arroganz der Macht versuchte die Weltbank als Reaktion auf den Bericht jedoch, über die Kritik hinwegzugehen. Sie wollten an Sardar-Sarovar festhalten, war schon in der ersten Stellungnahme des Weltbank-Präsidenten zu lesen und das spätere zwölfseitige Antwortpapier gesteht zwar diverse Fehler zu, hat als Lösungen aber immer nur Kosmetik anzubieten - wie z.B. eine Umstrukturierung innerhalb der Weltbank und die Einstellung von mehr Sozialarbeitern.

Ganz anders als die Weltbank reagierten einige europäische Regierungen und das Europäische Parlament. Auf Initiative des grünen Abgeordneten Wilfried Telkämper verabschiedete das Europa-Parlament in seiner Juli-Sitzung eine Resolution, in der die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, "ihre Exekutivdirektoren zu einem Votum gegen eine weitere Unterstützung des Projektes durch die Weltbank anzuhalten". Die Weltbank wird aufgefordert, "sich aus diesem Projekt zurückzuziehen, Entschädigung an bisher von den Sardar-Sarovar-Projekten Geschädigte zu zahlen und die bisher für den Dammbau verwendeten 250 Millionen US-Dollar abzuschreiben, wenn der Staudamm nicht weitergebaut wird." Mitte Juli erklärte die schwedische Finanzministerin öffentlich, daß der Bericht eine Reihe von schwerwiegenden Fehlern bei der Implementierung des Projektes aufzeige. Deshalb fordert sie eine Prüfung der legalen Möglichkeiten eines Ausstiegs aus dem Projekt. Ein Einfrieren der Gelder für die Sardar Sarovar Projekte wollte sie nicht mehr ausschließen. Zwei Wochen später

erklärten die nordischen Länder, die gemeinsam einen Exekutivdirektor in der Weltbank stellen, daß sie als Reaktion auf den Morse-Bericht einen Ausstieg der Weltbank aus den Sardar Sarovar Projekten befürworten. Die holländische Regierung hat bisher keine offizielle Stellungnahme abgegeben, aber inoffiziell war bereits zu hören, daß der Bericht sehr ernst genommen würde und empfohlen wird, den Schlußfolgerungen des Berichtes zu folgen, d.h. "zurückzutreten". In der Bundesrepublik fand wenige Tage nach Veröffentlichung des Berichtes ein Gespräch zwischen Vertretern des BMZ, Professor Paranjpye (Autor des Buches "High Dams on the Narmada"), einem Vertreter der 'Foodfirst Information and Aktions-Netzwerk (FIAN) und einer Vertreterin der 'Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt' (ASW) statt. Die BMZ-Beamten zeigten sich tief beeindruckt von dem Bericht, eine offizielle Stellungnahme steht jedoch noch aus.

Zwischen den Zeilen des insgesamt über 350 Seiten starken Berichtes wird immer wieder deutlich, daß eine Fortführung des Projektes nicht möglich ist, wenn man die Richtlinien der Weltbank sowohl im Bereich Umsiedlung und Rehabilitation als auch im Umweltbereich einhalten will. Dem Bericht vorangestellt ist ein Brief des Untersuchungsteams vom 18. Juni 1992 an den Präsidenten der Weltbank, in dem die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung zusammengefaßt sind.

Unterdessen ist bei einer Umsiedlungsaktion im Zusammenhang mit dem Projekt nach Angaben der 'Narmada-Bachao-Andolan' (Bewegung zur Rettung der Narmada) am 12. Juli eine 35-jährige Ureinwohnerin von Forstbeamten erschossen worden. Das Feuer war von Polizei und Forstbeamten auf eine Gruppe von Ureinwohnern im Gebiet Taloda im Norden des Bundesstaates Maharashtra eröffnet worden, als diese sich weigerten, für Umsiedler aus dem Narmada-Gebiet Platz zu machen. Vertreter der Andolan sehen einen direkten Zusammenhang zwischen dieser gewaltsamen Aktion von Polizei und Forstbeamten und einem für zwei Tage später angekündigten Besuch von Weltbank-Vertretern.

Im folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus dem Schreiben des Untersuchungsteams:

"... am 1. September 1991 begannen wir unsere unabhängige Überprüfung des Sardar Sarovar Damm- und Bewässerungsprojektes in Indien. Seitdem haben wir viel Zeit in Indien verbracht: wir sprachen mit Ministern und Beamten der indischen Regierung und der Regierungen von Gujarat, Maharashtra und Madhya Pradesh; wir trafen Nicht-Regierungsorganisationen und betroffene Bürger; wir erhielten hunderte von Unterlagen. Wir reisten durch das Narmada-Tal, in Dörfer und Umsiedlungsorte, zur Dammbaustelle, stromaufwärts, in das Einzugsgebiet des Projektes und stromabwärts. Wir besuchten auch Kutch und andere dürrgefährdete Gebiete in Gujarat...

Wir denken, daß die Sardar Sarovar Projekte, so wie sie im Moment geplant und realisiert werden, fehlerhaft sind, daß Umsiedlung und Rehabilitierung all derer, die durch das Projekt zwangsumgesiedelt werden müssen, unter den gegebenen Umständen nicht möglich ist und daß die Umweltauswirkungen des Projektes nicht sorgfältig erwogen oder angemessen berücksichtigt werden. Darüberhinaus glauben wir, daß die Weltbank genauso für die Situation, die sich daraus ergeben hat, verantwortlich ist, wie die Schuldnerin...

Die Sardar Sarovar Projekte stellen eines der größten Wasserversorgungsprojekte dar, die je unternommen wurden; ihre Auswirkungen erstrecken sich über ein riesiges Gebiet und betreffen eine große Anzahl von Menschen, insbesondere Stammesangehörige. Mindestens 100.000 Menschen in 245 Dörfern leben in dem Gebiet, das von der Überschwemmung betroffen sein wird. In Gujarat und Maharashtra sind fast alle Betroffenen Stammesangehörige. Viele von ihnen leben 'illegal' dort, d.h. sie haben keine Rechtstitel für ihr Land. Auch in Madhya Pradesh leben in der Überflutungsgegend tausende von Stammesangehörigen, von denen ebenfalls viele keine Landtitel besitzen. In Madhya Pradesh gibt es auch viele Dörfer mit Hindus, in denen die Einwohner konventioneller Landwirtschaft nachgehen.

Zusätzlich zu den 100.000 Menschen, die in der Überflutungsregion leben, gibt es wahrscheinlich etwa 140.000 Bauern, die vom Kanal- und Bewässerungssystem betroffen sind. Und schließlich gibt es noch mehrere Tausend weitere Menschen, die flußabwärts, unterhalb des Dammes, leben und deren Leben ebenfalls deutlich verändert werden wird.

1985 trat die Weltbank mit der Regierung Indiens und den Regierungen von Gujarat, Madhya Pradesh und Maharashtra in Kredit- und Anleihe-Verhandlungen für den Bau des Dammes und des Kanals. Innerhalb dieser Ver-

träge behandelte die Weltbank nur die Menschen als 'Projekt-Betroffene' - mit dem Recht auf Umsiedlung und Rehabilitation -, deren Dörfer überflutet werden. Unsere erste Aufgabe war es also, die Maßnahmen zu untersuchen, die zur Umsiedlung und Rehabilitation dieser Menschen ergriffen wurden... Im Umweltbereich lautet unsere Aufgabenstellung, Maßnahmen zur Verbesserung 'aller Aspekte des Projektes' vorzuschlagen. Um dies zu tun haben wir die Untersuchung so ausführlich vorgenommen, wie die jeweils eigenen Kriterien der Weltbank und Indiens an das Projekt es erforderten. Wir haben auch Hydrologie und Wasserwirtschaft und deren Beziehungen zu Umweltauswirkungen stromaufwärts, stromabwärts und im Einzugsgebiet berücksichtigt. Ohne Kenntnis dieser Bereiche können die möglichen Umweltauswirkungen des Projektes nicht richtig verstanden und deshalb auch keine Verbesserungsvorschläge gemacht werden...

Die Aufgabenstellung unserer Untersuchung erfordert, daß wir bei unserer Bewertung alle existierenden Arbeitsvorschriften und Richtlinien der Weltbank vor dem Hintergrund, daß den Kredit-Verträgen 1985 zugestimmt wurde, berücksichtigen. Entsprechend den Weltbankgrundsätzen mußten 1985 Umsiedlung und Rehabilitierung und Umweltauswirkungen zu Beginn eines Projektes eingeschätzt werden. Trotzdem gab es keine richtige Voruntersuchung bei den Sardar Sarovar Projekten; es wurde keine angemessene Untersuchung von Umsiedlung und Rehabilitierung oder der Umweltauswirkungen vor der Genehmigung durchgeführt. Die Projekte wurden auf der Basis eines extrem begrenzten Wissens über die Auswirkungen auf Menschen und Umwelt durchgeführt, mit inadäquaten Plänen und ohne ausreichende Maßnahmen zur Schadensbegrenzung bei der Durchführung...

1985, als die Kredit-Verträge unterzeichnet wurden, existierte keinerlei Basis für den Entwurf, die Durchführung und Entschädigung für Umsiedlung und Rehabilitation. Die Anzahl der Menschen, die betroffen sein würden, war nicht bekannt; die Ausmaße wahrscheinlicher Auswirkungen waren nie überlegt worden; der Kanal war übersehen worden. Darüberhinaus hatte es keinerlei Konsultationen mit denen gegeben, die durch die Projekte bedroht waren. Noch gab es Richtwerte, um Erfolg oder Mißerfolg zu überprüfen. Also gab es auch keinen angemessenen Umsiedlungsplan, mit dem Ergebnis, daß die menschlichen Kosten nicht als Faktor in die Gesamtrechnung eingehen konnten. Maßnahmen, um solche Kosten zu verringern, konnten nicht in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen der Betrof-

fenen entworfen werden...

Wachsende Achtung für Menschenrechte hat neue Formen für Umsiedlung und Rehabilitation entstehen lassen. Die Richtlinien der Weltbank haben großen Einfluß darauf gehabt, diese Normen zu etablieren und Indien hat viele von ihnen übernommen. Indien ratifizierte die ILO Konvention 107 im Jahre 1958. Indien und die drei Bundesstaaten unterzeichneten 1985 die Kredit-Verträge mit der Weltbank. Das Scheitern Indiens und der Bundesstaaten bei der Umsetzung der notwendigen Maßnahmen des Schiedsspruches und der Weltbank-Richtlinien und das Versagen der Weltbank, ihre Grundsätze in den Verträgen gebührend festzulegen, hat jetzt zur Folge, daß unfreiwillige Umsiedlungen aufgrund der Sardar Sarovar Projekte allgemein Menschenrechte verletzen - Menschenrechte, die Indien und die Weltbank in vorderer Reihe sichern wollten...

1983 gab es keine Umwelt-Genehmigung für die Sardar Sarovar Projekte vom indischen Ministerium für Umwelt und Forsten wegen fehlender Informationen über die Umweltauswirkungen. 1985 stimmte die Weltbank den Krediten und Anleihen für die Projekte zu. Eine angemessene Untersuchung der Umweltauswirkungen wurde nicht vorgenommen. In dem internen Weltbank-Bewertungsbericht von 1985 wird die Kontroverse, die die Umwelt-Genehmigung in Indien verhinderte, nicht erwähnt. Die Weltbank forderte einen Umwelt-Arbeitsplan bis zum Dezember 1985. Er wurde nicht erstellt. Der Zeitraum wurde bis 1989 verlängert. Der Arbeitsplan ist immer noch nicht erhältlich...

Die Geschichte der Umweltauswirkungen von Sardar-Sarovar ist eine Geschichte von nicht erteilten Genehmigungen. Es gibt kein umfassendes Dokument über die Auswirkungen. Art und Umfang von Umweltproblemen und -lösungen sind unbekannt. Dies trägt erheblich zu der Kontroverse bei, die das Projekt umgibt. Wie auch bei Umsiedlung und Rehabilitation hat dieser Tatbestand unsere Untersuchung in eine schwierige Lage gebracht. Um unsere Arbeit zu beenden, mußten wir grundsätzliche ökologische Informationen sammeln, um die wahrscheinlichen Auswirkungen des Projektes flußaufwärts, flußabwärts und im Einzugsbereich des Projektes beschreiben zu können. Diese Arbeit hätte von anderen bereits vor der Genehmigung der Projekte gemacht werden müssen...

Wir fanden Ungereimtheiten bei den grundlegenden hydrologischen Informationen bezogen auf diese Arbeiten (i.e. an Damm und Kanal, d.Ü.). Deshalb analysierten wir die Wasserflußdaten und machten unsere eigene Analyse. Wir kamen zu dem Ergebnis, daß es guten

Grund zu der Annahme gibt, daß die Projekte nicht so wie geplant funktionieren werden. Die Probleme beziehen sich auf die Häufigkeit und den Zeitablauf der stationären Strömungen sowie die Kapazität des Dammes und des Kanals, Wasser zu speichern und zu verteilen. Die Auswirkungen von Sardar Sarovar, flußaufwärts, flußabwärts und im Einzugsgebiet werden deshalb anders sein, als wie zur Zeit angenommen, unabhängig davon, ob die Saradar Sarovar Projekte flußaufwärts wie geplant gebaut werden oder nicht. Eine realistische operationale Analyse, auf die man eine Umwelt-Verträglichkeitsbewertung stützen könnte, fehlt. Dies hat uns alarmiert und es sollte auch andere alarmieren, besonders bei einem Mega-Projekt mit so weitreichenden Implikationen wie Sardar Sarovar...

Erst im Januar 1992 finden wir Aussagen des Weltbank-Beraters darüber, daß

die Sardar Sarovar Projekte den Eindruck erweckten, als seien sie 'ohne Einbeziehung von Gesundheits-Vorsorge geplant, entworfen und durchgeführt worden'. Er beschreibt verschiedene Teile des Projektes als 'Todesfallen' und als 'Transportmittel für Malaria an die Türschwellen der Dorfbewohner' und als Ursache für 'ideale Brutstätten' für Malaria-Mücken. Er berichtete von einem totalen Zusammenbruch der Maßnahmen zur Kontrolle der Bakterienübertragung. Das Aufkommen von Malaria ist in Dörfern in der Nähe des Dammes steil angestiegen; lokale Krankenhäuser berichteten von Malaria-Todesfällen. Das Unvermögen, Malaria-Vorkommen vor auszusehen und zu verhindern ist Teil des Versagens, Maßnahmen zur Behebung der Auswirkungen des Projektes zu implementieren...

Jede Entscheidung über die Sardar Sarovar Projekte war immer eine Entscheidung

Indiens und der beteiligten Staaten und wird es auch bleiben. Zusammen haben sie sehr viel Geld ausgegeben. Die Grundsteine für den Damm sind gelegt, die Wand des Staudamms wächst, die Turbinen sind bestellt und der Kanal ist bis zum Mahi-Fluß fertiggestellt. Niemand möchte, daß dieses Geld verschwendet wurde. Aber wir warnen davor, daß es weitaus mehr Verschwendung sein kann, jetzt weiterzumachen, ohne die Kosten für Menschen und Umwelt genau zu kennen.

Wir sind zu dem Schluß gekommen, daß es für uns unverantwortlich wäre, eine Reihe von Empfehlungen für die Durchführung zusammenzustellen in Anbetracht der Fehler, die das Projekt für uns so offensichtlich aufweist. Deshalb sind wir der Meinung, daß der weiteste Entschluß für die Weltbank darin bestünde, von den Projekten zurückzutreten und sie erneut zu überdenken...".

Protestschreiben an BMZ und Weltbank

Voraussichtlich im September werden die Exekutivdirektoren darüber entscheiden, wie von Seiten der Weltbank in Zukunft mit den Sardar Sarovar Projekten verfahren wird. Trotz erster positiver Reaktionen der nordischen Länder sollte der politische Druck sowohl auf den Präsidenten der Weltbank als auch in der Bundesrepublik auf Minister Spranger weitergehen. Deshalb hier Textvorschläge für Protestbriefe/-postkarten:

Herrn Minister Carl-Dieter Spranger
Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit
Karl-Marx-Straße 4-6
W-5300 Bonn

Sehr geehrter Herr Spranger,
auf dem Hintergrund der Ergebnisse der Morse-Kommission fordere ich Sie dringend auf, sich bei der Weltbank nachdrücklich dafür einzusetzen,
- daß sich die Weltbank aus den Sardar-Sarovar-Projekten und allen damit verbundenen Projekten zurückzieht,
- daß die bereits bewilligten Kredite nicht weiter ausgezahlt werden,
- daß der indischen Regierung die bereits ausgezahlte Kreditsumme erlassen wird, sollte das Projekt von indischer Seite eingestellt werden,
- daß die bereits durch das Sardar-Sarovar-Projekt Geschädigten von der Weltbank voll entschädigt werden.
Mit freundlichen Grüßen

Mr. Lewis T. Preston
Director, The World Bank
1818 H-Street, N.W.
Washington DC, 20433, USA

Dear Sir,
in the light of the findings of the Morse-Commission we urge the World Bank to withdraw from the Sardar Sarovar Projects and all related projects, to stop disbursement of the funds already sanctioned and to write off the money already disbursed, if the project is stopped. We expect the World Bank to fully compensate people already affected by the Sardar Sarovar Projects.
Yours sincerely